

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

6. – 12. April 2024

## FOKUS EUROPAWAHLEN

Der ehemalige Polizeigewerkschafter **Matthieu Valet** ist für die Europawahlen Kandidat der rechtspopulistischen Partei **Rassemblement National**. Der 38-jährige Matthieu Valet war mehrere Jahre in der Region Île-de-France tätig, wo er unter anderem stellvertretender Leiter der hochrangigen Antikriminalitätsbrigade BAC war. Er ist regelmäßiger Gast in Fernsehstudios und Medien und war bis vor kurzem Sprecher und stellvertretender Nationalsekretär der Unabhängigen Gewerkschaft der Polizeikommissare (SICP).

Die Spitzenkandidatinnen der Parteien **Renaissance** und **Reconquête** haben auf in einer vom Fernsehsender **CNews** und dem Radiosender **Europe1** organisierten Debatte diskutiert. Während Valérie Hayer (Renaissance) ihrer Gegnerin Marion Maréchal und dem Vorsitzenden von Reconquête, Éric Zemmour, vorwarf, gegenüber Wladimir Putins Russland zu versöhnlich zu sein, sprach Maréchal von einer „schändliche Instrumentalisierung“ des Krieges in der Ukraine „zu Wahlkampfzwecken“. Die EU habe konkrete Lösungen für die Migrationskrise, versicherte Valérie Hayer und verwies auf ihre Teilnahme an den Verhandlungen über den Asyl- und Migrationspakt. Marion Maréchal entgegnete unter anderem, dass die legale und illegale Einwanderung unter der Präsidentschaft Macrons einen neuen Höhepunkt erreicht habe. Marion Maréchal beschuldigt Valérie Hayer, die französische Souveränität in Frage stellen zu wollen, indem sie insbesondere die Idee einer europäischen Armee vertritt.

Die KAS Frankreich informiert aktuell über die Europawahlen in Frankreich auf einer Sonderseite ihrer Homepage: [Hier klicken](#)

Zum Jahrestag des Völkermords von 1994 in Ruanda veröffentlichte Staatspräsident Emmanuel Macron ein Video, in dem er erneut die Verantwortung Frankreichs für die Vernachlässigung der von Massakern heimgesuchten Bevölkerung übernahm. Am 27. Mai 2021 hatte Macron auf einer Reise in Kigali verkündet, er sei vor Ort, um die „Verantwortung“ Frankreichs für die Massaker, bei denen zwischen April und Juli 1994 mindestens 800.000 Menschen getötet wurden, „anzuerkennen“. Paris sei jedoch kein Komplize des Genozids.

Der französische Staatspräsident Macron, sein ägyptischer Kollege Abdel Fattah al-Sisi und der jordanische König Abdullah II fordern in einem Gastbeitrag einen dauerhaften Waffenstillstand in Gaza: „Der Krieg in Gaza und das damit verbundene katastrophale menschliche Leid müssen unverzüglich beendet werden“. „Angesichts der unerträglichen Zahl von Opfern (...) betonen wir die dringende Notwendigkeit eines dauerhaften Waffenstillstands in Gaza“, schreiben sie weiter. Die Staatsoberhäupter forderten, einen Aufruf des UN-Sicherheitsrats zu einem Waffenstillstand „ohne weitere Verzögerung vollständig“ umzusetzen - ebenso wie die Freilassung der von der radikalislamischen Hamas festgehaltenen Geiseln.

Emmanuel Macron erklärte bei einem Empfang seines serbischen Amtskollegen Aleksandar Vucic, dass Serbien einen Platz in der EU hat. „Es ist wichtig, dass Serbien diesen [europäische] Weg weiterhin konkretisiert, insbesondere durch eine stärkere Anpassung an unsere außenpolitischen Entscheidungen“, betonte Emmanuel Macron. „Dieser Weg muss auch durch die Fortsetzung und Beschleunigung der Reformen zur Stärkung des Rechtsstaats, der Unabhängigkeit, der Justiz und des Pluralismus der Medien gefestigt werden“, fügte er hinzu. Das Staatsoberhaupt rief den Kosovo und Serbien dazu auf, aufeinander zuzugehen und auf ihre Beziehungen zu normalisieren.

**Gegen die Empfehlung der Regierung nahm der Senat am 9. April einen Gesetzesvorschlag an, der Streiks im Transportwesen während bestimmter Zeiträume einschränken soll.** Der Text räumt der Regierung ein Kontingent von 30 Tagen pro Jahr ein, an denen das Streikrecht des „Personals des öffentlichen Verkehrswesens“ (mit Ausnahme des Flugverkehrs) eingeschränkt werden soll, wobei das Streikverbot auf sieben aufeinanderfolgende Tage begrenzt ist. Diese Tage sollen nur zu bestimmten Zeiten gesperrt werden: Schulferien, Feiertage, Wahlen und Volksabstimmungen sowie Ereignisse von „erheblicher Bedeutung“, wie die Olympischen Spiele. Das Streikverbot soll auf Stoßzeiten und das für den Dienstbetrieb notwendige Personal beschränkt werden.

**Fast 100 Tage vor den Olympischen Spielen in Paris warnte die NGO Surfrider Foundation vor dem „alarmierenden“ Zustand der Seine, wo mehrere olympische Wettkämpfe stattfinden sollen.** Die Organisation führte zwischen Ende September 2023 und Ende März 2024 14 Messungen an den Brücken Alexandre-III und Alma durch. 13 Messungen lagen „über oder sogar sehr weit über“ den empfohlenen Grenzwerten. Gemäß der europäischen Baderichtlinie von 2006 dürfen die Konzentrationen der Bakterien Escherichia coli und Enterokokken, 1000 koloniebildende Einheiten (kbE)/100 ml bei E. coli und 400 kbE/100 ml bei Enterokokken nicht überschreiten. Bei höheren Werten gilt das Wasser als ungeeignet zum Baden.

**Für die Olympische Spiele 2024 werden in bestimmten Bereichen der Hauptstadt QR-Codes verpflichtend.** Innenminister Gérald Darmanin erläuterte im Detail die Verkehrsbeschränkungen, die fast eine Woche vor der Eröffnungsfeier eingeführt werden sollen. Pariser, die in der Nähe des Trocadéro, des Champ-de-Mars oder entlang der Seine wohnen oder arbeiten, müssen sich auf einer Online-Plattform registrieren, die am 10. Mai eröffnet wird. Sie werden dann einem „Sicherheitsscreening“ unterzogen und erhalten, wenn alle Bedingungen erfüllt sind, einen QR-Code, um sich in diesen Bereichen frei bewegen zu können.



## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Vorsitzende der Républicains Eric Ciotti, legte am 6. April die „roten Linien“ der Partei im Umgang mit dem Staatsdefizit fest, über die hinaus die Partei „nicht zögern (wird)“ einen Misstrauensantrag gegen die Regierung in der Nationalversammlung zu stellen. Im Fokus stehen insbesondere die Anhebung von Steuern sowie die Anpassung von Renten an die Inflationsrate.



## DIE ZAHL DER WOCHE

Zwischen 2022 und 2023 stieg die Gewalt gegen Apotheker um 30 % an. Dies geht aus dem Sicherheitsbarometer des Conseil national de l'Ordre des pharmaciens hervor. Mit 475 erfassten Vorfällen im Jahr 2023, gegenüber 366 im Jahr 2022, wurde damit mehr als ein Apotheker pro Tag Opfer von Gewalt.